

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telek: 88848 pbbn d
Telefax: 21 0864

Inhalt

Ingrid Matthäus-Maier MdB will DDR-Hilfen durch „nachhaltige Einsparungen im Verteidigungshaushalt“ finanzieren.

Seite 1

Heinz Westphal MdB, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, erinnert an Julius Leber, der vor 45 Jahren von den Nazis ermordet wurde.

Seite 2

Klaus Daubertshäuser MdB, SPD-Obmann im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages, spricht sich für mehr und schärfere Kontrollen im LKW-Verkehr aus.

Seite 3

Peter Conradi MdB macht sich Gedanken über die ausufernde Medienpräsenz bei Parteitagen und ähnlichen Veranstaltungen.

Seite 4

45. Jahrgang / 4

5. Januar 1990

DDR-Hilfe durch Einsparungen im Verteidigungshaushalt finanzieren

Von Ingrid Matthäus-Maier MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die geplanten DDR-Hilfen durch drastische und nachhaltige Einsparungen im Verteidigungshaushalt zu finanzieren. Bei dem von Bundesfinanzminister Waigel angekündigten Nachtragshaushalt 1990 darf die Bundesregierung nicht den einfachen Weg des Schuldenmachens gehen. Die DDR-Hilfe darf auch nicht zu Streichungen bei anderen wichtigen Aufgaben führen, wie der Bekämpfung von Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit.

Mit dem Nachtragshaushalt 1990 bietet sich der Bundesregierung die Chance, ihre haushaltspolitischen Fehlentscheidungen des letzten Jahres zu korrigieren und ihre Finanzpolitik der neuen Situation in Mittel- und Osteuropa anzupassen. Vor allem der Verteidigungshaushalt 1990 mit einem Rekordvolumen von 54 Milliarden DM steht in krassem Gegensatz zu den historischen Entwicklungen in der DDR und den Ländern Osteuropas. Freiheit und Demokratie in den Ländern des Ostens machen den Frieden in Europa sicherer als Verteidigungsausgaben auf Rekordhöhe.

Es ist daher jetzt notwendig, alle Verteidigungsausgaben auf den Prüfstand zu stellen und Mittel vom Verteidigungshaushalt umzuschichten hin zu Unterstützungsprogrammen für Mittel- und Osteuropa. Dazu gehört, daß die mit dem Bundeshaushalt 1990 für die nächsten Jahre beschlossenen Verpflichtungsermächtigungen für militärische Zwecke von insgesamt 14,5 Milliarden DM drastisch gekürzt werden. Jetzt ist auch endgültig der Zeitpunkt gekommen, daß die Bundesregierung vom Bau des neuen Kampfflugzeuges „Jäger 90“ Abschied nimmt, der bis zu 100 Milliarden DM Kosten verursachen würde.

Mit seinem jüngsten Brief an die anderen Ressortminister weist Bundesfinanzminister Waigel zu Recht darauf hin, daß im Zusammenhang mit den „aktuellen Entwicklungen in der DDR und in den deutsch-deutschen Beziehungen eine Überprüfung der bisherigen haushaltspolitischen Prioritätensetzung unverzichtbar ist“. Mit dieser neuen Prioritätensetzung darf aber nicht bis zum Bundeshaushalt 1991 gewartet, sondern muß schon beim Nachtragshaushalt 1990 begonnen werden.

(-/5.1.1990/vo-he/hgs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Inwieweit Sie
mit unseren Angeboten
Reservieren



Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß

Vor 45 Jahren wurde Julius Leber ermordet

Von Heinz Westphal MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

„Man kann sagen“, so Max Weber in seinem Vortrag Politik als Beruf, „daß drei Qualitäten vornehmlich entscheidend sind für den Politiker: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß. Die ‚Stärke‘ einer politischen Persönlichkeit bedeutet in allererster Linie den Besitz dieser Qualitäten.“ Der Sozialdemokrat Dr. Julius Leber, der vor 45 Jahren, am 5. Januar 1945 in Plötzen-see von Hitlers Schergen hingerichtet wurde, verfügte nach Meinung seiner Freunde wie seiner erbittertsten Feinde in besonderem Maße über diese Qualitäten; selbst ein Roland Freisler nannte ihn die „politisch stärkere Erscheinung“ in den Reihen der Verschwörer des 20. Juli 1944.

Julius Leber, 1891 im Ober-Elsaß als Sohn armer Leute geboren, ging zunächst einen entbehrungsreichen Weg über Dorfschule, Realschule, kaufmännische Lehre und Oberrealschule - schon als Schüler trat er in die SPD ein -, bevor er nach vier Jahren als Soldat im Krieg und einem Studium der Staatswissenschaften 1921 Redakteur und bald Chefredakteur des „Lübecker Volksboten“ wurde.

Als 30-jähriger wurde der Sozialdemokrat in sein erstes parlamentarisches Amt, in die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck, gewählt, und schon 1924 entsandten ihn die Lübecker Wähler in den Reichstag, dem er bis 1933 angehörte. Er, der in Wort und Schrift begeisternd wirken konnte und der als politischer Pragmatiker Zeit seines Lebens langen theoretischen Debatten kritisch, wenn nicht ablehnend gegenüberstand, war binnen kurzem zur zentralen Figur der SPD Lübecks geworden. Denn er wußte - um mit Willy Brandt zu sprechen -: „Wenn die Sozialdemokratie nicht fähig ist, die Sprache des Volkes zu verstehen und zu sprechen, dann ist nicht nur ihr eigenes Geschick, sondern auch das der deutschen Demokratie besiegelt.“

Als vehementer Kämpfer für die Demokratie wurde er von den Nazis bereits am 30. Januar 1933 schwer verletzt und verhaftet. Zunächst wieder freigelassen, erzielte er bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 noch einmal einen Wahlerfolg, wurde aber erneut verhaftet, als er am 23. März 1933 den Reichstag betreten wollte. Nach viereinhalb Jahren Gefängnis und KZ entlassen, baute er für seine Familie und sich als Kohlenhändler in Berlin-Zehlendorf eine neue Existenz auf. Doch sein Engagement, das nur verdeckt und geheim ausgeübt werden konnte, galt der Widerstandsbe-
wegung. In ihr wurde er zusammen mit Wilhelm Leuschner, Theodor Haubach, Carlo Mierendorff und Hermann Maaß zur einflußreichen Repräsentanz der sozialdemokratischen Seite. Doch bereits vor dem Attentatsversuch wurde er am 5. Juli 1944, von einem Nazi-Spitzel verraten, verhaftet. Trotz schlimmer Folterungen gelang es den Nazis aber nicht, Leber zum Verrat seiner Mitkämpfer zu bewegen.

Schon 1933 hatte Leber, der als Innenminister einer Regierung des „anderen“ Deutschland vorge-
sehen war, „die Überwindung der kapitalistischen Epoche mit ihrem egoistisch-ökonomischen Liberalismus und die Proklamierung der menschlichen Arbeit als Fundament sozialer Gerechtigkeit“ als vorrangiges Ziel hingestellt, dessen Erfüllung allein einem demokratischen Staatswesen ein dauerhaftes Fundament geben kann.

Angesichts der Entwicklungen in der DDR und im deutsch-deutschen Verhältnis wächst die Hoff-
nung, daß jetzt - wie Willy Brandt es schon 1956 prophezeite - die Zeit Julius Lebers nun wirklich
kommen wird.
(-/5.1.1990/va-ha/hgs)

* * *

Schärfere Kontrollen im Lkw-Verkehr

Lkw befristet stilllegen bei besonders schweren Verkehrsverstößen

Von Klaus Daubertshäuser MdB
Obmann der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im
Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Bereits im Vorfeld des dargulierten gemeinsamen europäischen Binnenmarktes ist eine ständig wachsende Lkw-Schwemme auf deutschen Straßen feststellbar. Die negativen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt in der dichtbesiedelten Bundesrepublik sind unverkennbar. Die Bundesregierung muß endlich die Voraussetzungen schaffen, damit die Sicherheits- und Umweltnormen eingehalten werden.

Die nötigen Kontrollen und Sanktionen müssen intensiviert werden. Insbesondere muß dagegen vorgegangen werden, daß die Lkw ständig schneller fahren. Um die auch aus Sicherheitsgründen auf 80 km/h festgelegte höchstzulässige Geschwindigkeit kümmert sich kaum noch jemand. Auch sitzen die Fahrer vielfach übermüdet am Steuer. Sie überschreiten die höchstzulässigen Lenkzeiten und sie unterschreiten die Mindestruhezeiten. Die Verstoßquote schwankt zwischen 15 und 75 Prozent. Hier muß schnell gehandelt werden.

- Der Kompetenzwirrwarr zwischen den Kontrollbehörden muß abgebaut werden.
- Die Kontrollinstrumente müssen verbessert werden.
- Die Qualifikationsdefizite der Kontrolleure müssen abgebaut werden.
- Die Kontrollhäufigkeit muß durch Schwerpunktkontrollen effizienter und wirkungsvoller gestaltet werden.
- Sanktionen dürfen sich nicht nur auf den Fahrer beschränken. Sie müssen insbesondere so bemessen werden, daß sie den wirtschaftlichen Vorteil für das Unternehmen aus dem Vorschriftenverstoß mindestens voll abschöpfen.
- Bei besonders schweren Verstößen müssen zeitliche Sanktionen ausgesprochen, die Fahrzeuge müssen befristet stillgelegt werden.
- Das Inkasso von Strafgeldern bei ausländischen Lkw-Fahrern muß wirkungsvoller gestaltet werden. Rund 30 Prozent der Straf gelder gegenüber Ausländern werden heute nicht bezahlt.

Überhöhte beziehungsweise nicht angepaßte Geschwindigkeit ist die häufigste Unfallursache auch im Straßengüterverkehr. In der Bundesrepublik fahren nur rund 16 Prozent aller Lkw mit einer Geschwindigkeit, die die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h nicht übersteigt. Ausländische Fahrer sind besonders anfällig. Sie haben deutlich höhere Anteile als inländische Fahrzeugführer bei den Ursachen „überhöhte Geschwindigkeit“ und „ungenügender Sicherheitsabstand“. Auch bei der Überschreitung der Lenkzeiten und der Unterschreitung der Mindestruhezeiten neigen ausländische Lkw-Fahrer stärker zu Verstößen. Die prognostizierten Zuwachszahlen für den europäischen Lkw-Verkehr auf den bundesdeutschen Fernstraßen und die daraus erwachsenden Belastungen durch den Straßengüterverkehr für Mensch und Umwelt machen ein schnelles und entschlossenes Handeln nötig.

(-/5.1.1990/va-he/hgs)

Selbstbeschränkung

Zur Fernsehberichterstattung von Parteitag und aus dem Bundestag

Von Peter Conradl MdB

Ein Ereignis ist nur real, wenn es durch die Medien vermittelt wird. Was nicht in der Zeitung steht, was im Rundfunk und Fernsehen nicht berichtet wird, ist nicht existent. Eine gute Parlamentsrede nach 15.00 Uhr bleibt ohne jedes Echo, weil sie nach Redaktionsschluß und damit unter Ausschluß der Öffentlichkeit gehalten wird. Ein einziger Satz vor der Kamera der abendlichen Nachrichtensendung dagegen wird millionenfach wahrgenommen. Das ist ärgerlich, aber nicht zu ändern.

Ärgerlich sind auch die Begleitumstände dieser medienbestimmten Demokratie: Vor wenigen Jahren begleitete ein Dutzend Journalisten, ein halbes Dutzend Fotografen und ein Fernsehteam eine Parlamentsdebatte oder einen Parteitag. Heute fallen Hunderte von Journalisten und Fotografen und Dutzende von Fernsehteams auf die Parteitage ein. Die Parteien liegen vor den Medien auf den Knien. Die Journalisten, die Fotografen und die Fernsehteams bekommen die besten Plätze, die Delegierten sind unwichtig. Wichtig allein ist die Berichterstattung.

Die Privatisierung des Fernsehens hat die Zahl der Fernsehteams vervielfacht. Selbst bei kleinen Veranstaltungen, zum Beispiel einer Preisverleihung, schleben sich drei oder vier Kamerateams mit jeweils drei Leuten zwischen die Redner und die Zuhörer. Wer fragt nach dem finanziellen Aufwand dieses Über-Aufgebots? Der Bürger zahlt in jedem Fall über Gebühren, über die Werbung (Produktpreise) und über die Steuern. Auch im Bundestag nimmt die Zahl der Fotografen und Kamerateams zu, die sich zwischen das Plenum und die Besucher schieben.

Anders als bei den Parteitag springen sie zum Glück im Parlament nicht direkt vor der Rednertribüne herum. Aber wenn im neuen Plenarsaal für jede Fernsehanstalt drei Kamerateams drehen wollen, dann wird der Rand der Zuschauertribüne mit Dutzenden von Kameras bestückt sein.

Wenn wir nicht wollen, daß die Berichterstattung die Ereignisse erschlägt, über die sie berichten soll, müssen wir den Zugang der Berichtersteller beschränken. Das Beste wäre eine Selbstbeschränkung, beispielsweise könnten die Fernsehgesellschaften eine gemeinsame Gesellschaft gründen, die bestimmte Ereignisse für alle beteiligten Fernsehsender aufnimmt. Kommt diese Selbstbeschränkung nicht zustande, dann werden die Veranstalter gezwungen sein, reihum jeweils nur noch eine Gesellschaft zuzulassen und diese zu verpflichten, ihre Aufnahmen allen Sendern zur Verfügung zu stellen. Als letzte Möglichkeit bliebe die Gründung einer eigenen Fernseh-Aufnahmegesellschaft, beispielsweise des Bundestages, für die Berichterstattung aus dem Plenum. Ähnlich werden es die Parteien, die Kongreßzentren und andere Veranstalter machen müssen, damit die Berichterstattung nicht die Ereignisse erschlägt.

Bei den Fotografen ist die Lösung einfacher. Wenn vor einem Rednerpult oder einer Tribüne 50 und mehr Journalisten stehen und damit den Besuchern und Teilnehmern die Sicht verstellen, muß man den Zugang beschränken, notfalls nach dem Alphabet. Das sind keine erfreulichen Ausichten, aber wer die Verärgerung von Bundestagsbesuchern, Parteitagsdelegierten oder Teilnehmern einer Veranstaltung über die Rücksichtslosigkeit der Bildberichterstattung erlebt hat, die Irritationen der Redner, die optischen und akustischen Störungen durch die Kameraleute und die Fernsehteams, muß einräumen, daß hier eine Beschränkung notwendig ist, die das Ereignis, die Veranstaltung, von unnötigen Störungen befreit und die Freiheit der Berichterstattung nicht einschränkt.

(-/5.1.1990/vo-he/hgs)

* * *